

Information für die Presse

SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartner: Waldemar Schütze, An der Flurscheid 11, 61352 Bad Homburg

Telefon 06172/456427, Mobil 0171 3675260

Bad Homburg, 17. März 2010

SPD-Fraktion: Resolution im Stadtparlament an die Hessische Landesregierung gegen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches in Höhe von 400 Millionen Euro

Wie der Fraktionsvorsitzende der SPD, Waldemar Schütze, mitteilt, lässt jetzt nach Gesundheitsminister Banzer auch der Finanzminister Weimar „die Katze aus dem Sack“: Die Kürzung von 400 Millionen Euro beim Kommunalen Finanzausgleich wird durchgesetzt. Deshalb hat die SPD-Fraktion in einem Antrag eine Resolution über den Hauptausschuss vorgelegt, wonach die Stadtverordneten-Versammlung beschließen soll:

„Die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Bad Homburg fordert die Hessische Landesregierung auf, alle zusätzlichen Belastungen für die Kommunen abzuwehren, alle Vereinbarungen und Zusagen einzuhalten und von der vorgesehenen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches in Höhe von 400 Millionen Euro Abstand zu nehmen.“

Was seit Monaten in der Diskussion ist, wurde nun mit dem Aufstellungserlass der Hessischen Landesregierung offiziell. Es bleibt bei der Absicht der Landesregierung, ab dem Jahr 2011 die Leistungen an die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro abzusenken.

„Damit wird die Leistungskraft der Kommunen von der Landesregierung selbst nachhaltig in Frage gestellt. Da Einsparungen nur noch im Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen möglich sind, heißt dies direkt Einsparungen an unseren Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen. Das ist ein Frontalangriff auf die kommunale Selbstverwaltung“, so Schütze.

Damit müssen die Kommunen aber nicht nur diese 400 Mio. Euro einsparen. Schütze rechnet damit, dass die Belastungen durch das Wachstums-Beschleunigungsgesetz mit weiteren 85 Mio. Euro zu Buche schlagen. Aus dem Konjunkturpaket müssen die Kommunen Hessens 40 Mio. Euro schultern.

Unabsehbar ist die Situation bei der Umsetzung der Mindestverordnung in Kinderbetreuungs-Einrichtungen. „Es fehlt eine klare Zusage der Landesregierung, dass diese pädagogisch sinnvolle Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kinderbetreuungs-Einrichtungen vom Land veranlasst und somit vom Land zu bezahlen ist (Konnexität)“, so Schütze.

„Deshalb fordern wir die Rücknahme der Streichung der 400 Mio. Euro im Kommunalen Finanzausgleich und die Anerkennung der Mindestverordnung als Konnexitätsfall. Es geht um die kommunale Selbstverwaltung und die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger. Kommunen sind in der Mitte der Gesellschaft und ihre Leistungen dürfen nicht geopfert werden“

Mit unserer Resolution schließen wir uns vielen hessischen Kommunen, Verbänden und Gewerkschaften an, die gegen die Kürzung von 400 Mio. Euro beim kommunalen Finanzausgleich bei der hessischen Landesregierung protestieren und gehen davon aus, dass diese Resolution zunächst im Hauptausschuss und danach in der Stadtverordneten-Versammlung am 22. April 2010 von einer breiten Mehrheit getragen wird“, so Schütze abschließend.